

Treiben USA+NATO mit WEF-Hilfe eine Hungersnot im globalen Süden voran?

6. Juni 2022 | Michael Hudson

Erweist sich der Stellvertreterkrieg in der Ukraine nur als Vorstufe zu etwas Größerem, nämlich einer weltweiten Hungersnot und einer Devisenkrise für Länder mit Nahrungsmittel- und Öldefiziten?

Wahrscheinlich werden viel mehr Menschen an Hungersnöten und wirtschaftlichen Störungen sterben als auf dem ukrainischen Schlachtfeld. Es ist daher angebracht zu fragen, ob der scheinbare Stellvertreterkrieg in der Ukraine Teil einer größeren Strategie ist, mit der die Kontrolle der USA über den internationalen Handel und Zahlungsverkehr gesichert werden soll. Wir erleben eine finanziell bewaffnete Machtübernahme durch den US-Dollarkreis über den globalen Süden und Westeuropa. Wie können sich Länder ohne Dollarkredite der USA und ihrer IWF-Tochter über Wasser halten? Wie hart werden die USA vorgehen, um sie daran zu hindern, sich zu entdollarisieren und sich aus der wirtschaftlichen Umlaufbahn der USA zu lösen?

Die US-Strategie des Kalten Krieges ist nicht die einzige, die sich überlegt, wie sie von der Provokation einer Hunger-, Öl- und Zahlungsbilanzkrise profitieren kann. Das Weltwirtschaftsforum von Klaus Schwab befürchtet, dass die Welt überbevölkert ist – zumindest von der „falschen Art“ von Menschen. Wie der Microsoft-„Philanthrop“ (der übliche Euphemismus für Rentiermonopolist) Bill Gates erklärt hat: „Das Bevölkerungswachstum in Afrika ist eine Herausforderung.“ Der „Goalkeepers“-Bericht seiner Lobbying-Stiftung von 2018 warnte: „Nach Angaben der Vereinten Nationen wird Afrika zwischen 2015 und 2050 für mehr als die Hälfte des weltweiten Bevölkerungswachstums verantwortlich sein. Seine Bevölkerung wird sich bis 2050 voraussichtlich verdoppeln“, wobei „mehr als 40 Prozent der extrem armen Menschen der Welt ... in nur zwei Ländern leben: Demokratische Republik Kongo und Nigeria“.

Gates plädiert dafür, den prognostizierten Bevölkerungszuwachs um 30 Prozent zu reduzieren, indem der Zugang zu Verhütungsmitteln verbessert und die Bildung ausgeweitet wird, damit „mehr Mädchen und Frauen länger zur Schule gehen und später Kinder bekommen können“. Aber wie kann das angesichts der sich abzeichnenden Lebensmittel- und Ölkrise in diesem Sommer für die Staatshaushalte finanzierbar sein?

Die südamerikanischen und einige asiatische Länder sind dem gleichen Anstieg der Importpreise ausgesetzt, der sich aus den Forderungen der NATO nach einer Isolierung Russlands ergibt. Der Chef von JPMorgan Chase, Jamie Dimon, warnte kürzlich auf einer Investorenkonferenz an der Wall Street, dass die Sanktionen einen weltweiten „wirtschaftlichen Wirbelsturm“ auslösen werden. Er wiederholte die Warnung der geschäftsführenden Direktorin des IWF, Kristalina Georgieva, vom April: „Um es einfach auszudrücken: Wir haben es mit einer Krise auf der Spitze einer Krise zu tun.“ Sie wies darauf hin, dass die Covid-Pandemie durch die Inflation gedeckelt wurde, da der Krieg in der Ukraine die Lage „noch viel schlimmer gemacht hat und die Ungleichheit noch weiter zu verstärken droht“, schloss sie: „Die wirtschaftlichen Folgen des Krieges breiteten sich schnell und weit aus, auf die Nachbarn und darüber hinaus, und trafen die schwächsten Menschen der Welt

am härtesten. Hunderte von Millionen Familien hatten bereits mit niedrigeren Einkommen und höheren Energie- und Lebensmittelpreisen zu kämpfen.“

Die Regierung Biden beschuldigt Russland der „unprovokierten Aggression“. Aber es ist der Druck seiner Regierung auf die NATO und andere Satelliten des Dollarraums, der die russischen Getreide-, Öl- und Gasexporte blockiert hat. Doch viele Länder mit Öl- und Nahrungsmitteldefiziten sehen sich selbst als Hauptopfer der „Kollateralschäden“, die durch den Druck der USA und der NATO verursacht werden.

Sind Welthunger und Zahlungsbilanzkrise eine bewusste US/NATO-Politik?

Am 3. Juni reiste der Vorsitzende der Afrikanischen Union, der senegalesische Präsident Macky Sall, nach Moskau, um zu planen, wie eine Unterbrechung des afrikanischen Nahrungsmittel- und Ölhandels vermieden werden kann, indem man sich weigert, zum Spielball der US/NATO-Sanktionen zu werden. Präsident Putin stellte fest, dass das Jahr 2022 so weit ist: „Unser Handel nimmt zu. In den ersten Monaten dieses Jahres ist er um 34 Prozent gewachsen.“ Der senegalesische Präsident Sall zeigte sich jedoch besorgt: „Die Anti-Russland-Sanktionen haben die Situation verschlimmert, und jetzt haben wir keinen Zugang zu Getreide aus Russland, vor allem zu Weizen. Und, was am wichtigsten ist, wir haben keinen Zugang zu Düngemitteln.“

Die US-Diplomaten zwingen die Länder dazu, sich zu entscheiden, ob sie – in den Worten von George W. Bush – „entweder für uns oder gegen uns sind“. Der Lackmустest besteht darin, ob sie bereit sind, ihre Bevölkerung zum Verhungern zu zwingen und ihre Wirtschaft aus Mangel an Nahrungsmitteln und Öl zum Erliegen zu bringen, indem sie den Handel mit dem eurasischen Kern der Welt - China, Russland, Indien, Iran und deren Nachbarn – unterbinden.

Die westlichen Mainstream-Medien beschreiben die Logik hinter diesen Sanktionen als Förderung eines Regimewechsels in Russland. Man hoffte, dass die Blockierung des Verkaufs von Öl und Gas, Lebensmitteln und anderen Exporten den Rubelkurs nach unten drücken und Russland „zum Schreien bringen“ würde (wie es die USA mit Allendes Chile versuchten, um die Voraussetzungen für ihre Unterstützung des Pinochet-Militärputsches zu schaffen). Der Ausschluss aus dem SWIFT-Banking-System sollte das russische Zahlungssystem und den Absatz stören, während die Beschlagnahme der im Westen gehaltenen russischen Devisenreserven in Höhe von 300 Milliarden Dollar den Rubel zum Einsturz bringen und die russischen Verbraucher daran hindern sollte, die westlichen Waren zu kaufen, an die sie sich gewöhnt hatten. Die Idee (die im Nachhinein so dumm erscheint) war, dass die russische Bevölkerung gegen die Verteuerung der westlichen Luxusimporte rebellieren würde. Aber der Rubel stieg eher, als dass er sank, und Russland ersetzte SWIFT schnell durch sein eigenes System, das mit dem von China verbunden war. Und die russische Bevölkerung begann, sich von der aggressiven Feindseligkeit des Westens abzuwenden.

Offensichtlich fehlen in den Modellen der US-amerikanischen Denkfabriken für nationale Sicherheit einige wichtige Dimensionen. Aber wenn es um die globale Hungersnot geht, war da eine verdeckte und noch größere Strategie am Werk? Es sieht nun so aus, als ob das Hauptziel des US-Krieges in der Ukraine von Anfang an nur als Katalysator diente, als Vorwand für die Verhängung von Sanktionen, die den weltweiten Lebensmittel- und Energiehandel stören würden. Außerdem sollte die Krise so gemanagt werden, dass die US-Diplomaten die Länder des Globalen Südens vor die Wahl stellen konnten: „Eure Loyalität und neoliberale Abhängigkeit oder euer Leben?“ Auf

diese Weise würde die nicht-weiße Bevölkerung in der Welt „ausgedünnt“, was Jamie Dimon und das WEF so beunruhigt.

Dabei muss es sich um folgende Berechnung gehandelt haben: Auf Russland entfallen 40 Prozent des Welthandels mit Getreide und 25 Prozent des Weltmarkts für Düngemittel (45 Prozent, wenn man Weißrussland einbezieht). In jedem Szenario wäre einkalkuliert worden, dass die Preise in die Höhe schießen würden, wenn eine so große Menge an Getreide und Düngemitteln vom Markt genommen würde, so wie es bei Öl und Gas der Fall war.

Zu den Störungen in der Zahlungsbilanz der Länder, die diese Rohstoffe importieren müssen, kommt hinzu, dass der Preis für den Kauf von Dollar steigt, um ihre ausländischen Anleihegläubiger und Banken für fällige Schulden zu bezahlen. Die Straffung der Zinssätze durch die US-Notenbank hat dazu geführt, dass der US-Dollar gegenüber dem Euro, dem Pfund Sterling und den Währungen des globalen Südens immer teurer wird.

Es ist unvorstellbar, dass die Folgen für Länder außerhalb Europas und der USA nicht berücksichtigt wurden, denn die Weltwirtschaft ist ein vernetztes System. Die meisten Störungen bewegen sich im Bereich von 2 bis 5 Prozent, aber die heutigen US/NATO-Sanktionen weichen so weit von der historischen Entwicklung ab, dass der Preisanstieg deutlich über die historische Spanne hinausgehen wird. So etwas hat es in letzter Zeit nicht gegeben.

Dies deutet darauf hin, dass das, was im Februar wie ein Krieg zwischen der Ukraine und Russland aussah, in Wirklichkeit ein Auslöser ist, der die Weltwirtschaft neu strukturieren soll – und zwar so, dass die Kontrolle der USA über den globalen Süden gesichert ist. Geopolitisch gesehen war der Stellvertreterkrieg in der Ukraine für die USA ein praktischer Vorwand, um Chinas Belt and Road Initiative (BRI) zu kontern.

Die Länder des Globalen Südens stehen vor der Wahl, entweder zu verhungern, indem sie ihre ausländischen Anleihegläubiger und Bankiers bezahlen, oder zu verkünden, dass dies ein Grundprinzip des internationalen Rechts ist: „Als souveräne Länder stellen wir unser Überleben über das Ziel der Bereicherung ausländischer Gläubiger, die Kredite vergeben haben, die aufgrund ihrer Entscheidung, einen neuen Kalten Krieg zu führen, faul geworden sind. Was die destruktiven neoliberalen Ratschläge betrifft, die uns der IWF und die Weltbank gegeben haben, so waren ihre Sparpläne eher destruktiv als hilfreich. Deshalb sind ihre Kredite uneinbringlich geworden. Als solche sind sie abscheulich geworden.“

Die Politik der NATO hat den Ländern des Globalen Südens keine andere Wahl gelassen, als den Versuch der USA abzulehnen, den Globalen Süden mit Nahrungsmitteln in den Würgegriff zu nehmen, indem sie jegliche Konkurrenz durch Russland ausschalten und so den weltweiten Getreide- und Energiehandel monopolisieren. Der größte Getreideexporteur war der stark subventionierte US-Agrarsektor, gefolgt von Europas hochsubventionierter Gemeinsamer Agrarpolitik (GAP). Dies waren die wichtigsten Getreideexporteure, bevor Russland auf den Plan trat. Die Forderung der USA/NATO besteht darin, die Uhr zurückzudrehen, um die Abhängigkeit vom Dollarraum und seinen Satelliten der Eurozone wiederherzustellen.

Der implizite russische und chinesische Gegenplan

Für das Überleben der Weltbevölkerung außerhalb der USA/NATO ist ein neues Welthandels- und Finanzsystem erforderlich. Die Alternative ist eine weltweite Hungersnot für große Teile der Welt. An den Sanktionen werden mehr Menschen sterben, als auf dem ukrainischen Schlachtfeld ums Leben gekommen sind. Finanz- und Handelssanktionen sind ebenso zerstörerisch wie militärische Angriffe. Daher ist es moralisch gerechtfertigt, dass der globale Süden seine souveränen Interessen über die Interessen derjenigen stellt, die die internationalen Finanz- und Handelswaren einsetzen.

Erstens: Ablehnung der Sanktionen und Neuausrichtung des Handels auf Russland, China, Indien, Iran und die anderen Mitglieder der Shanghai Organisation für Zusammenarbeit (SOZ). Das Problem ist, wie die Importe aus diesen Ländern bezahlt werden sollen, insbesondere wenn die US-Diplomaten die Sanktionen gegen diesen Handel verlängern.

Die Länder des Globalen Südens können auf keinen Fall für Öl, Düngemittel und Lebensmittel aus diesen Ländern bezahlen und gleichzeitig die Dollar-Schulden begleichen, die das Erbe der von den USA geförderten neoliberalen Handelspolitik sind, die dem Protektionismus der USA und der Eurozone unterliegt.

Daher besteht die zweite Notwendigkeit darin, ein Schuldenmoratorium zu verhängen, d. h. die Schulden, bei denen es sich um uneinbringliche Kredite handelt, abzuschreiben. Dieser Akt wäre vergleichbar mit der Aussetzung der deutschen Reparationen und der Inter-Ally-Schulden gegenüber den Vereinigten Staaten im Jahr 1931. Die heutigen Schulden des Globalen Südens können einfach nicht bezahlt werden, ohne dass die Schuldnerländer Hungersnöte und Austerität erleiden müssen.

Eine dritte Konsequenz, die sich aus diesen wirtschaftlichen Notwendigkeiten ergibt, ist das Ersetzen der Weltbank und ihrer US-freundlichen Politik der Handelsabhängigkeit und Unterentwicklung durch eine echte Bank für wirtschaftliche Beschleunigung. Zusammen mit dieser Institution gibt es eine vierte Konsequenz in Form des Geschwisters der neuen Bank: ein Ersatz für den IWF, der frei ist von Austeritäts-Junk-Economy und der Subventionierung amerikanischer Klientel-Oligarchien in Verbindung mit Währungsüberfällen auf Länder, die sich der Privatisierung und Finanzialisierung durch die USA widersetzen.

Fünftens müssen sich die Länder selbst schützen, indem sie einem Militärbündnis als Alternative zur NATO beitreten, um zu verhindern, dass sie zu einem weiteren Afghanistan, einem weiteren Libyen, einem weiteren Irak oder Syrien oder der Ukraine werden.

Das Haupthindernis für diese Strategie ist nicht die Macht der USA, denn sie hat sich als Papiertiger erwiesen. Das Problem ist ein Problem des wirtschaftlichen Bewusstseins und Willens.